

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 81 (1994)
Heft: 5: Jugendarbeitslosigkeit

Artikel: Von der Schulbank auf die Strasse?
Autor: Kraut Hauri, Irene
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-529411>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von der Schulbank auf die Strasse?

Die Jugendarbeitslosigkeit wird seit längerem wahrgenommen, sofern sie die fehlende Weiterbeschäftigung für die Zeit nach der Lehre betrifft. Noch wenig beachtet wird die sich verschlechternde Lage der jungen Leute, welche die Volksschule verlassen und keine Lehrstelle finden. Irene Kraut Hauri weist auf die Verantwortung der Schule in dieser Situation hin.

Vorbeugen während der obligatorischen Schulzeit

Im Zentrum der öffentlichen Diskussion über Jugendarbeitslosigkeit stehen heute die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die nach ihrer beruflichen Ausbildung nicht weiterbeschäftigt werden oder keinen neuen Arbeitsplatz finden. Ihre Zahl hat eine unakzeptierbare Grösse angenommen. Dieser Aspekt der Arbeitslosigkeit ist äusserst brisant und fordert dringend Massnahmen, da die psychologischen und gesellschaftlichen Folgen der Jugendarbeitslosigkeit nicht abschätzbar sind. Noch wenig beachtet wird hingegen die Situation der Volksschulabgängerinnen und Volksschulabgänger, obwohl sich im Laufe der Rezession der Lehrstellenmarkt vielerorts deutlich verändert hat. Es werden weniger Lehrstellen und Anlehrplätze angeboten. In verschiedenen Regionen stehen momentan zu wenig berufliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. Zudem ist das Spektrum des aktuellen Lehrstellenangebotes infolge Betriebsschliessungen mancherorts enger geworden.

Berufliche Ausbildner und Ausbildnerinnen zögern und warten aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Ausschrieb ihrer Lehrstellen ab. Lehrmeisterinnen und Lehrmeister sind wählerischer geworden, stellen höhere Anforderungen und verschärfen damit die Selektionsverfahren. Dem kommt entgegen, dass immer häufiger Schülerinnen und Schüler aus höheren Bildungsniveaus in Berufszweige drängen, die bis anhin vorwiegend den schulisch schwächeren Jugendlichen und ausländischen Abgängerinnen und Abgängern mit fehlenden Deutschkenntnissen offenstanden. Häufig wird in diesem Zusammenhang von den Lehrbetrieben darauf hingewiesen, dass die heutige Berufsschule die Wahl von schulisch guten Schulabgängerinnen und Schulabgängern bedinge.

Lehrmeisterinnen und Lehrmeister sind wählerischer geworden und stellen höhere Anforderungen.

Diese Mechanismen haben zur Folge, dass leistungsschwächere und verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler sowie Ausländerinnen und Ausländer mit mangelhaften Deutschkenntnissen bei der Lehrstellensuche vermehrt auf Schwierigkeiten treffen.

Wie weiter nach der obligatorischen Volksschulzeit?

Die Schülerinnen und Schüler stehen am Ende ihrer Volksschulzeit wohl vor der schwierigsten Entscheidung ihres bisherigen Lebens. Betrachten wir die Schul- und Berufswahl nach der obligatorischen Volksschulzeit, fällt heute folgendes Verhalten auf:

- Während der Wahl- und Entscheidungsphase reagieren die Jugendlichen und ihre Eltern auf die unsichere Wirtschaftslage sehr unterschiedlich, jedoch zunehmend verunsichert.
- Das reduzierte und engere Lehrstellenangebot und die höheren Anforderungsprofile vieler beruflicher Ausbildungen führen die Jugendlichen häufiger zu den einjährigen schulischen und praktischen Zwischenlösungen. Dies belegen Umfragen im Kanton Zürich aus den Jahren 1992 und 1993, welche von der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich im ganzen Kanton und vom Pestalozzianum Zürich in den Bezirken Horgen und Hinwil durchgeführt worden sind.
- Die Mädchen, und immer öfter auch Knaben, fügen ein weiteres Schuljahr in der Hoffnung an, schulische Defizite abbauen, Deutschkenntnisse verbessern und sich so bessere Chancen auf dem Lehrstellenmarkt erarbeiten zu können. Gemäss der erwähnten Befragung vom Sommer 1993 haben viele von ihnen vorgängig vergeblich eine Lehrstelle gesucht.
- Der Anteil der jungen Menschen, die direkt nach der obligatorischen Schulzeit in eine Berufslehre übertreten, nimmt weiter ab.
- Bei der Realisierung einer Berufslehre oder einer Anlehre werden noch im Schuljahr 92/93 Arbeitsmarktsituation und berufliche Perspektiven trotz Verunsicherung kaum berücksichtigt. Die in der Vergangenheit von Mädchen und Knaben am häufigsten gewählten Berufe stehen weiterhin oben auf der Wahlliste.
- Mädchen werden benachteiligt, da in ihren meistgewählten «Frauenberufen» merklich weniger Ausbildungsplätze angeboten werden und sich die mühsam eroberten Männerdomänen wieder verengen.

Junge Menschen mit schulischen Leistungsschwächen und Verhaltensauffälligkeiten bekommen immer seltener eine Lehrstelle.

Berufsberaterinnen und Berufsberater, Lehrerinnen und Lehrer beklagen die zunehmenden Schwierigkeiten ihrer Schützlinge bei der Lehrstellensuche. Insbesondere werden junge Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit mangelhaften Deutschkenntnissen, Mädchen und Knaben aus Sonderschulen, verhaltensauffällige oder schulisch leistungsschwache Schülerinnen und Schüler bei der Vergabe von Lehrstellen immer seltener berücksichtigt.

Eltern wie auch ihre Kinder sind in den letzten Jahren selbstbewusster geworden, sind besser auf den Übertritt vorbereitet und wünschen geeignete berufliche Ausbildungen oder sinnvolle Übergangslösungen, die den Fähigkeiten und Neigungen des Jugendlichen entsprechen und längerfristige Arbeits- und Weiterbildungsperspektiven aufzeigen.

Schliesslich ist festzustellen, dass immer mehr Eltern ihre Knaben und Mädchen in die Mittelschulen «fördern», da sie der schwierigen Wirtschaftslage vorerst ausweichen möchten und für ihre Kinder mit einer höheren Bildung generell bessere Berufschancen erhoffen.

Arbeitslos nach Zwischenjahr?

Zwar fügten noch im Sommer 1993 fast alle Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen ihrer Volksschulzeit eine weiterführende Ausbildung

(z.B. Schule, berufliche Grundausbildung, Fremdsprachenaufenthalt, Praktikum) an.

Doch was lernen Jugendliche im nächsten Sommer, wenn zum Beispiel ihr schulisches Zwischenjahr oder der Sprachaufenthalt im Welschland beendet ist? Wohin mit den jungen Menschen, die inzwischen ihre Lehrstelle verloren oder die Lehre abgebrochen haben? Wählen und finden die Schülerinnen und Schüler während ihrem letzten Volksschuljahr auch 1994 die für sie geeignete Lehrstelle, einen Anlehrplatz oder eine vernünftige Zwischenlösung? Wo bleiben die ausländischen, leistungsschwächeren oder verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler, die weder Lehrstelle noch einen der stets weniger werdenden Anlehrplätze erhalten? Wo bleiben die Mädchen, denen ein Einstieg in sogenannte Männerberufe wieder erschwert wird und denen ausgerechnet in jenen Berufszweigen krisenbedingt weniger Ausbildungsplätze angeboten werden, welche bisher am meisten gewählt worden sind?

Da eine schnelle Verbesserung des Lehrstellenmarktes nicht zu erwarten ist und die Gefahr besteht, dass im kommenden Sommer weder die Zwischenlösungsangebote ausreichen noch genügend passende Lehrstellen vorhanden sein werden, fordern erste Stimmen von den zuständigen Kreisen Sofortmassnahmen zur Verhinderung arbeitsloser Schulabgängerinnen und Schulabgängern.

Recht auf berufliche Grundausbildung gewährleisten

Aufgrund der Tatsache, dass es für viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger schwieriger, wenn nicht gar unmöglich ist, eine geeignete Lehrstelle oder einen Anlehrplatz zu erhalten, stellen sich den am Berufswahlprozess und der Berufsrealisierung beteiligten Kreisen zwei zentrale Fragen:

- Welche Ziele sollen die Anstrengungen und Massnahmen während dem Berufswahlprozess und bei der konkreten Realisierung der Berufs- und Schulwünsche für Knaben und Mädchen in der Volksschule beinhalten?
- Wie können wir als Gemeinschaft die versteckte und offene Arbeitslosigkeit der jugendlichen Schulabgängerinnen und Schulabgänger vermeiden oder zumindest möglichst gering halten?

Das Hauptziel muss meiner Ansicht nach wie bisher darin bestehen, jedem jungen Menschen das Recht und die Möglichkeit auf eine solide schulische und berufliche Grundausbildung gemäss seinen Fähigkeiten und Neigungen zu gewährleisten.

Es ist die Aufgabe der Volksschule, die Knaben und Mädchen sorgfältig auf die Berufs- und Arbeitswelt, aber auch auf den neuen Lebensabschnitt vorzubereiten. Neben der Vermittlung der nötigen Schlüsselqualifikationen gehören dazu die seriöse Berufswahlvorbereitung und die Befähigung zur individuellen und richtigen Wahl, die Hilfe bei der konkreten Berufsrealisierung sowie die Vorbereitung auf die nächste Lebensphase. Dies in der schwierigen Zeit der Adoleszenz, in der sich die Jugend kreativ in die

Wie steht es um die Jugendlichen, welche im Sommer 1994 die Schule verlassen?

Die Schule muss die Jugendlichen sorgfältig auf den neuen Lebensabschnitt nach der Schule vorbereiten.

Gesellschaft eingliedern möchte und darin eine anerkannte Rolle sucht. Nach meiner Ansicht dürfen diese Ziele nicht allein durch eine weitere «Verschulung» der Ausbildungen angestrebt werden. Denn sozial erwachsen werden junge Menschen vor allem durch den alltäglichen Kontakt und die Zusammenarbeit mit verschiedenartigen Erwachsenen sowie durch die Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt. Dazu brauchen sie vielfältige Orientierungshilfen.

Berufswahlvorbereitung, aktueller denn je

Die Volksschule, die Anbieterinnen und Anbieter der praktischen und schulischen Zwischenlösungen, der beruflichen Grundausbildungen sowie die weiterführenden höheren Schulen sind gefordert, rasch Massnahmen mit vorbeugender Wirkung einzuleiten. Es braucht heute das Engagement aller Beteiligten, um die drohende Arbeitslosigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu verhindern.

An dieser Stelle möchte ich mich auf die Aufgaben und die Unterstützungsmöglichkeiten der Schule beschränken.

Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit und selbständiges Handeln sind gefragt, aber auch solide schulische Grundkenntnisse.

Die Schule muss das Kind während der ganzen Volksschulzeit auf eine berufliche Grundausbildung, auf die Berufs- und Arbeitswelt der Erwachsenen oder auf eine weiterführende Schule vorbereiten. Neben der Vermittlung und Einübung der heute geforderten Schlüsselqualifikationen, wie geistige Beweglichkeit, Leistungs- und Bildungsbereitschaft, Teamfähigkeit, Flexibilität und selbständiges, eigenverantwortliches Handeln, gehört nach wie vor auch die Weitergabe und Vertiefung von soliden schulischen Grundkenntnissen (z. B. in den Bereichen Deutsch und Mathematik) sowie gesellschaftlichen Normen und Verhaltensweisen dazu.

Die Schul- und Berufswahlvorbereitung kann und soll weit gefasst und dank einer jahrelangen Sensibilisierung und indirekten Vorbereitung wirksamer werden. Sie umfasst vor allem

- die soziale und lebenskundliche Prägung,
- den individuellen Berufswahlprozess des Schülers und der Schülerin,
- die sinnvolle Berufskunde,
- den Einblick in die Berufs- und Arbeitswelt,
- die eigentliche Berufsrealisierung und letztlich
- die konkrete Vorbereitung auf den nachfolgenden Lebensabschnitt durch Information und Auseinandersetzung (z. B. Rechte und Pflichten der Lehrlinge, Möglichkeiten der Zwischenlösungen).

Diese vielseitigen Aufgaben soll die Schule in Zusammenarbeit mit den beteiligten Kreisen (z. B. Elternhaus, Berufsberatung, Vertreter und Vertreterinnen der Arbeitswelt etc.) erfüllen. Der Lehrerin und dem Lehrer kann und darf in der aktuellen Lage die Verantwortung nicht allein übertragen werden. Ohne Koordination und Zusammenarbeit sind die einzelnen überfordert.

Berufswahlvorbereitung beginnt nach dem Kindergarten

Bereits während den ersten Schuljahren gehört zur Vorbereitung auf den Berufswahlprozess die ständige und verschiedenartigste Auseinandersetzung mit dem Erwachsenenleben, mit den Rollenbildern (z. B. Doppelbelastung der Mutter) unserer Gesellschaft und mit der Berufs- und Arbeitswelt (z. B. Berufswelt der Eltern). Das sorgfältige Üben von eigenverantwortlichem Handeln und Lernen, die Unterstützung und Förderung der Persönlichkeit, der Selbständigkeit und der spezifischen Fähigkeiten und Neigungen des Kindes sowie Gruppenerlebnisse aller Art ermöglichen die nötigen Qualifikationen genau so, wie das erfolgreiche und fundierte Vermitteln fachlicher Grundkenntnisse. Die meisten der zu erlernenden Fähigkeiten sind an kein Fach und kein Alter gebunden. Sie erfordern Initiative und bewusste Lehrkräfte, die über Kenntnisse und Erfahrungen in den verschiedensten Facetten der Arbeits- und Berufswelt verfügen, mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität stehen und vor Problemen der Aussenwelt nicht Halt machen. Nur so erhalten die Kinder und Jugendlichen die nötigen Orientierungsgrundlagen.

Initiative Lehrkräfte, welche die Arbeits- und Berufswelt kennen und vor den Problemen ausserhalb der Schule nicht Halt machen,...

Der eigentliche Berufswahlprozess beginnt in den Klassen der Oberstufe. Dabei prägen die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen die Berufswahlvorbereitung und -wahl. Der Schüler, die Schülerin soll am Ende dieser Phase fähig sein, eine geeignete Wahl zu treffen und zu verwirklichen (Lehrstelle suchen, auswählen, entscheiden und Lehrvertrag unterzeichnen). Heute wird vermehrt ein biographischer Berufswahlunterricht gefordert. Das heisst, Schüler und Schülerinnen sollen individuell betreut, zur Wahl und Realisierung befähigt werden, das Tempo ihres Prozesses jedoch weitgehend selber bestimmen können.

...sollen ihre Schülerinnen und Schüler individuell betreuen.

Wichtig für einen erfolgreichen Schul- und Berufswahlprozess jedes Kindes sind Schritte wie Persönlichkeitsbildung, Selbsterfahrung (Neigungen und Fähigkeiten) und Bewusstwerdung sowie Erkundung der Arbeits- und Berufswelt.

Verantwortung gemeinsam tragen

Die Lehrkraft soll während diesem Ablauf nicht alleinige Auskunftsperson, sondern Teil einer Kooperationsgemeinde sein. Sehr wichtig bleibt ihre persönliche Betreuung und Beratung sowie die Ermutigung und Unterstützung, zum Beispiel bei Misserfolgen oder Absagen. Das Engagement der Lehrerin oder des Lehrers endet jedoch nicht nach der erfolgreich bestandenen Aufnahmeprüfung in die Mittelschule oder nach der Unterzeichnung eines Lehrvertrages, sondern beim Übertritt in die nächste Ausbildung.

Die Berufskunde soll in der Schulstube auf ein nötiges Minimum reduziert werden. Der Weg zu den Berufsinformationszentren, falls nötig zu den Zusatzberatungen der Berufsberatung und zu den Ausbildungsstätten in der Arbeitswelt müssen rechtzeitig angeboten und geöffnet, deren breites und fundiertes Angebot individuell und zeitlich sinnvoll genutzt werden.

Die Eltern müssen über die Berufswahlvorbereitung in der Schule frühzeitig informiert werden. Der Kontakt und die Zusammenarbeit mit dem Elternhaus soll gepflegt werden. Nur so können zum Beispiel Doppelspurigkeiten, Unklarheiten oder «Störfaktoren» aus Familie und Gesellschaft erkannt und somit unter anderem Falschwahlen vermieden oder zumindest gering gehalten werden.

*Die schwierige
Lehrstellensituation
verlangt von den
Lehrkräften konkrete
Massnahmen.*

Angesichts der vielerorts erschwerten Bedingungen auf dem Lehrstellenmarkt und der oft engen oder ungenügenden Angebote an Zwischenlösungen müssen die Oberstufenlehrerinnen und -lehrer alles daran setzen, dass die jungen Menschen ihren Weg zuversichtlich gestalten können. In der täglichen Arbeit können folgende Massnahmen dazu beitragen:

- Breitgefasste fächerübergreifende Berufswahlvorbereitung in allen Klassen der Oberstufe anbieten (Zum Beispiel nach «Berufswahlvorbereitung» von *Erwin Egloff*, Lehrmittelverlag des Kantons Aargau).
- Bereits bestehende Zusammenarbeit allenfalls verstärken.
- Besonderes Augenmerk auf benachteiligte Schülerinnen und Schüler legen.
- Genügend und flexibel Zeit für die Berufswahlvorbereitung zur Verfügung stellen.
- Falschwahlen unter Druck oder infolge Panikhandlungen vermeiden helfen.
- Berufliche Ausbildung, Arbeitslosigkeit und Zukunft thematisieren ohne zu dramatisieren.
- Jugendliche motivieren, alle Möglichkeiten abzuklären und auszuschöpfen.
- Die am Berufswahlprozess und an der Berufsrealisierung beteiligten Kräfte einbeziehen (z.B. Eltern, Lehrmeisterinnen und Lehrmeister, Berufsberaterinnen und Berufsberater).
- Aufmerksam die Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Lehrstellenmarkt verfolgen.

Mit diesen Begleitmassnahmen werden zwar keine Lehrplätze geschaffen; dazu sind weiterreichende, vor allem wirtschaftliche Anstrengungen nötig. Doch sie können verhindern, dass Jugendliche nach ihrer obligatorischen Schulzeit ohne Hoffnung auf der Strasse stehen.